

Das Treffen der südamerikanischen Präsidenten in Brasilia: Markstein der Integration oder Show-Veranstaltung einer aufkommenden Regionalmacht?

Calcagnotto, Gilberto; Nolte, Detlef

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Calcagnotto, G., & Nolte, D. (2000). *Das Treffen der südamerikanischen Präsidenten in Brasilia: Markstein der Integration oder Show-Veranstaltung einer aufkommenden Regionalmacht?* (Brennpunkt Lateinamerika, 17). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-445196>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 17

15. September 2000

ISSN 1437-6091

Das Treffen der südamerikanischen Präsidenten in Brasília: Markstein der Integration oder Show-Veranstaltung einer aufkommenden Regionalmacht?

Gilberto Calcagnotto / Detlef Nolte

„Ein erster Schritt eines neuen Kontinents“ titulierte das Jornal do Brasil einen Bericht über das erste südamerikanische Präsidententreffen in der Geschichte des Halbkontinents. Noch plakativer hatte sich der venezolanische Präsident, Hugo Chávez, im Vorfeld des Zusammentreffens geäußert: „Die Integration hat nichts mit der Globalisierungsmode zu tun, es geht um Leben oder Tod“. Rechtfertigen die Ergebnisse des Gipfeltreffens, die sich in einer aus 62 Punkten bestehenden gemeinsamen Erklärung niederschlugen, die großen Worte? Welches sind die Hintergründe, welches die Implikationen des südamerikanischen Gipfels?

Eine neue Vormachtstellung Brasiliens?

Das Gipfeltreffen, zu dem Präsident Fernando Henrique Cardoso vor dem Hintergrund der 500-Jahrfeiern der Entdeckung Brasiliens seine südamerikanischen Amtskollegen am 31. August / 1. September 2000 in die Hauptstadt Brasília eingeladen hatte, war ein Signal, dass Brasilien sich anschickt, eine aktivere Rolle in Lateinamerika und in der internationalen Politik zu spielen. Zwar wies die brasilianische Regierung Presseberichte, wie beispielsweise im konservativen Nachrichtenmagazin *Veja*, über ein Vormachtstreben oder einen Führungsanspruch auf dem Kontinent entschieden zurück. Allerdings sei Brasilien bereit, so der brasilianische Außenminister Luiz Felipe Lampreia, eine Rolle zu spielen, die mit der Größe seiner Wirtschaft und seines Territoriums kompatibel sei.

Es scheint, als seien die südamerikanischen Länder zu Anfang des 21. Jahrhunderts bereit, Brasilien eine Führungsrolle zuzugestehen. Zum einen gibt es in Südamerika kein Land mit einem vergleichbaren politischen und wirtschaftlichen Gewicht. Chiles Präsident, Ricardo Lagos, brachte dies zum Ausdruck, als er von einem brasilianischen Journalisten über einen möglichen Wettlauf zwischen Brasilien und Chile um die Führungsrolle im MERCOSUR gefragt wurde: „Auf welchem Gebiet auch immer, Brasilien ist zehnmal größer als Chile. Dies ist eine objektive Realität; gegen die werden wir nicht ankämpfen“. Zum anderen befindet sich der südamerikanische Halbkontinent im Augenblick in einer wirtschaftlichen und politischen Situation, die eine stärkere Abstimmung und Koordination in den Außenpolitiken notwendig macht.

Im wirtschaftlichen Bereich haben die südamerikanischen Länder in den 90er Jahren mehrfach die Erfahrung großer Verwundbarkeit gegenüber von außen induzierten Krisen gemacht. Dies begründet ein Interesse an einer engeren politischen Abstimmung in internationalen Foren, wenn es um die Bestimmung der Grundparameter der zukünftigen Weltwirtschaftsordnung geht, und an einer engeren wirtschaftlichen Integration, um als Wirtschaftsblock mehr Gewicht innerhalb des internationalen Wirtschaftssystems zu erlangen und als Markt beziehungsweise Investitionsstandort mit 340 Mio. Einwohnern an Attraktivität zu gewinnen.

De facto nimmt Brasilien in der jüngsten Vergangenheit eine Führungsrolle im wirtschaftlichen Integrationsprozess sowohl gegenüber seinen südamerikanischen Nachbarn als auch gegenüber den USA ein, die seit 1995 mit Kanada und Mexiko in der nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) zusammengeschlossen sind. Zwar sollen bis 2005 die Verhandlungen über die Schaffung einer gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA oder ALCA) abgeschlossen sein. Der Wahlkampf in den USA lässt jedoch bei den Verhandlungen zur Zeit keine großen Fortschritte erwarten, zumal sich zwischen den USA und der Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder Interessengegensätze hinsichtlich des Zeitplans und der Prioritäten im Verhandlungsprozess zeigen. Präsident Clinton war es nicht gelungen – darauf hatte Präsident Cardoso zum Abschluss des Gipfeltreffens in Brasília noch einmal hingewiesen –, vom US-Kongress die Vollmacht für zügige Verhandlungen (*fast track*) zu erhalten. Nach dem anstehenden Regierungswechsel in Mexiko (der designierte Präsident Vicente Fox wird am 1. Dezember 2000 sein Amt antreten) ist dort mit einer noch engeren wirtschaftlichen Kooperation mit den USA zu rechnen, die zunehmend auch Zentralamerika und die Karibik einbeziehen könnte.

Gewissermaßen als Widerpart der US-Amerikaner, die lange Zeit auf eine schnelle Handelsliberalisierung und auf die Anpassung der lateinamerikanischen Volkswirtschaften an US-amerikanische Standards und Wirtschaftsinteressen drängten, vertritt die brasilianische Regierung zusammen mit den MERCOSUR-Ländern eine Position, erst die subregionale Integration voranzutreiben, die über eine Handelsliberalisierung hinausgeht, um danach in einer späteren Phase die gesamtamerikanische Freihandelszone zu verwirklichen. Aus dieser Perspektive ver-

sucht Brasilien, ausgehend vom MERCOSUR, der außerdem Argentinien, Paraguay und Uruguay sowie als assoziierte Mitglieder Bolivien und Chile umfasst, einerseits bilateral die Kooperation mit den anderen Nachbarländern (zum Beispiel mit Venezuela) zu verstärken, andererseits multilateral ein Freihandelsabkommen mit dem anderen südamerikanischen Integrationsbündnis, der Andengemeinschaft, der Venezuela, Kolumbien, Ecuador, Peru und Bolivien angehören, abzuschließen. Für Chile, das über wesentlich niedrigere Außenzölle als der MERCOSUR verfügt und bisher eine Strategie bilateraler Handelsabkommen verfolgt hat, versuchen die MERCOSUR-Staaten eine Sonderbeziehungsweise Übergangsregelung zu finden, die Chile eine volle Mitgliedschaft im Integrationsbündnis ermöglicht. Mittel- bis langfristig führt allerdings kein Weg an einer Angleichung der Außenzölle vorbei, die zur Zeit im MERCOSUR bei durchschnittlich 14% und in Chile bei einheitlich 9% (bis 2003 6%) liegen.

Chile hat mit den Ländern der Andengemeinschaft bilaterale Freihandelsabkommen abgeschlossen. 1998 ist zudem ein Rahmenabkommen zwischen dem MERCOSUR und der Andengemeinschaft unterzeichnet worden, ohne dass die Verhandlungen um dessen inhaltliche Ausfüllung wesentliche Fortschritte erzielt hätten. In der „Erklärung von Brasilia“ vom 1. September 2000 bekunden die zwölf südamerikanischen Präsidenten nun ihre Absicht, spätestens bis Januar 2002 eine Freihandelszone zwischen dem MERCOSUR und der Andengemeinschaft zu verwirklichen und auch Surinam und Guayana in den Integrationsprozess einzubeziehen. Präsident Cardoso hatte in einem vor dem Gipfeltreffen veröffentlichten Aufsatz ein derartiges Freihandelsabkommen als Rückgrat eines „erweiterten südamerikanischen Wirtschaftsraums“ bezeichnet. Damit würde die südamerikanische Freihandelszone drei Jahre vor dem geplanten Abschluss des FTAA-Verhandlungsprozesses Wirklichkeit werden. Brasilien hätte seine Vorstellungen durchgesetzt und zur gemeinsamen südamerikanischen Position gemacht, erst die subregionalen Integrationsbestrebungen voranzutreiben und zu konsolidieren, bevor die Verhandlungen mit den USA über die gesamtamerikanische Freihandelszone abgeschlossen werden.

Im Hinblick auf den Fortgang der FTAA-Verhandlungen fordern die südamerikanischen Präsidenten mehr Reziprozität angesichts der bereits gemachten einseitigen Zugeständnisse und

Marktöffnung, wie auch eine stärkere Berücksichtigung des unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus und der unterschiedlichen Größe der Volkswirtschaften der Verhandlungspartner.

Um Befürchtungen der nördlichen Nachbarn zu zerstreuen, war im Vorfeld des Gipfeltreffens zwar immer wieder darauf hingewiesen worden, dass mit dem Treffen keine Abgrenzung oder neue Blockbildung intendiert sei und die gesamtlateinamerikanische Integration weiterhin das gemeinsame Fernziel bleibe. Der designierte mexikanische Präsident Vicente Fox wurde – nicht zuletzt auf Drängen der chilenischen Regierung – eingeladen, einen Sonderbeauftragten zu entsenden. Seine Wahl fiel auf Jorge Castañeda, der als möglicher zukünftiger Außenminister Mexikos gehandelt wird. Gleichwohl äußerten einzelne Beobachter, wie der mexikanische Botschafter in Brasilien, José Eduardo Navarrete, die Befürchtung, dass sich aus dem Streben um Wettbewerbsvorteile durch subnationale Integrationsbemühungen eine Eigendynamik entwickelt, die zur wirtschaftlichen Abschottung und einer dauerhaften Vertagung der gesamthemisphärischen Freihandelszone führen könne. Allerdings gilt es anzumerken, dass Mexiko aufgrund seiner engen wirtschaftlichen Verflechtung mit den USA außenwirtschaftlich fast schon nicht mehr zu Lateinamerika gerechnet werden kann.

Dass die südamerikanischen Präsidenten Bereitschaft zeigen, die neue Führungsrolle Brasiliens zu akzeptieren, liegt zweifelsohne auch daran, dass Brasilien auf die jeweilige Problemlage der südamerikanischen Nachbarn Rücksicht nahm und in einigen Fällen eine Position vertrat, die den Interessen der Nachbarländer näher kam als die Politik der USA.

Der Einfluss Brasiliens auf die übrigen südamerikanischen Länder zeigte sich beispielsweise in dem Gespräch, das der chilenische und der bolivianische Präsident am Rande des Zusammentreffens führten. Bolivien hatte 1978 die diplomatischen Beziehungen zu Chile abgebrochen. Die Landabtretungen Boliviens an Chile nach dem Salpeterkrieg Ende des 19. Jahrhunderts, die Bolivien zu einem Binnenland machten, belasten noch immer die gegenseitigen Beziehungen. Brasilien ist an einem Abbau der Spannungen zwischen beiden Ländern interessiert, um einerseits das Konfliktpotential in Südamerika weiter zu reduzieren und andererseits die Chance für einen Verkehrskorridor zu verbessern, der Brasilien über Bolivien mit den

nordchilenischen Häfen verbindet. Damit würde auch Bolivien einen besseren Zugang zum Pazifik erhalten und gleichzeitig als Transitland wirtschaftlichen Nutzen ziehen.

Im Hinblick auf Paraguay hat das dezidierte Auftreten Brasiliens zusammen mit Argentinien nicht nur einen entscheidenden Beitrag zu der demokratischen Lösung der Oviedo-Krise Anfang 1996 geleistet, sondern darüber hinaus die USA davon überzeugt, dass Paraguay nunmehr zum politischen Einflussgebiet Brasiliens zählt. Zu Venezuela unterhält Brasilien intensive Wirtschaftsbeziehungen insbesondere im Erdöl- und Energiebereich und gibt Präsident Chávez außenpolitisch Rückendeckung. Hinsichtlich der dritten Amtszeit von Perus Präsident Fujimori stellte sich die brasilianische Regierung gegen die von den USA geforderten Sanktionen und forderte zugleich vom peruanischen Präsidenten eine unverzügliche Umsetzung demokratischer Reformen.

Schließlich wurde auf dem Gipfeltreffen – quasi als Gastgeschenk Brasiliens an seinen wichtigsten Partner im MERCOSUR – eine Erklärung verabschiedet, in der die argentinische Position in der Malvinen-Frage unterstützt wird.

Ein schwieriges politisches Umfeld

Gleichwohl stand das Präsidententreffen unter keinen günstigen politischen Vorzeichen. Während sich die demokratischen Systeme in Argentinien, Brasilien, Chile, Bolivien und Uruguay – trotz immer noch vorhandener Defizite – in den vergangenen Jahren gefestigt haben, entwickelt sich die nördliche Andenregion immer mehr zu einer Krisenregion, und auch die politische Situation in Paraguay muss als instabil erachtet werden. In Venezuela hat der Populist und ehemalige Putschist Hugo Chávez das traditionelle Parteiensystem zum Einsturz gebracht und eine neue Verfassung durchgesetzt, ohne dass sich bisher eine Lösung der schwerwiegenden wirtschaftlichen und politischen Probleme des Landes abzeichnet. Ekuador ist in den vergangenen Jahren durch permanente politische Instabilität gekennzeichnet. In Peru hat Präsident Fujimori nach Wahlen, die nach Ansicht einer OAS-Beobachtungsmission weder fair noch sauber waren, gerade seine nach der Verfassung eigentlich ausgeschlossene dritte Amtsperiode begonnen. Die Mehrzahl seiner südamerikanischen Amtskollegen ist der Amtseinführung deshalb ferngeblieben, musste den ungeliebten Kollegen

aber dann in Brasilien mit auf das Familienfoto nehmen. Und in Kolumbien droht die Ausweitung und Internationalisierung des Bürgerkrieges mit nicht voraussehbaren Folgen. Unmittelbar vor dem südamerikanischen Gipfel hatte US-Präsident Clinton das Land besucht, nachdem die USA bereits zuvor umfassende Militärhilfe zur Bekämpfung des Drogenhandels bewilligt hatten. Die Militärhilfe könnte den Bürgerkrieg anheizen und ein Übergreifen auf die Nachbarländer begünstigen, sei es durch die zu erwartenden Flüchtlingsströme, die Verlagerung des Drogenanbaus in andere Länder oder das Ausweichen von Guerillagruppen über die nur schwer kontrollierbaren Grenzen.

Die aktuelle Entwicklung in Kolumbien, die allgemeinen Probleme mit dem Drogenhandel in Südamerika wie auch die Notwendigkeit einer Verfestigung der Demokratie in der Region – der Verbesserung der Qualität der Demokratie, wie es der argentinische Außenminister Adalberto Rodríguez Giavarini formuliert hat, – waren deshalb Schwerpunktthemen, die auf dem Gipfel diskutiert wurden. Denn für die politisch stabilen und wirtschaftlich weiterentwickelten Länder in der Region stellt sich zunehmend das Problem, in der pauschalen Außenwahrnehmung Südamerikas durch ausländische Investoren mit den Ländern, die durch politische Instabilität und eine Krise der demokratischen Institutionen charakterisiert sind, in einen Topf geworfen zu werden.

Der *Plan Colombia*¹ und die Bekämpfung des Drogenhandels

Durch die zeitliche Nähe des Besuchs von US-Präsident Clinton in Cartagena und die Verschärfung der militärischen Auseinandersetzungen in Kolumbien hat sich die Situation in diesem Land auf die Tagesordnung der Beratungen der zwölf südamerikanischen Präsidenten gedrängt. Den versammelten lateinamerikanischen Präsidenten gelang der Spagat, ihrem Amtskollegen Andrés Pastrana den Rücken zu stärken und sich zugleich indirekt gegenüber der US-Politik abzugrenzen. So verabschiedeten die Präsidenten eine besondere Erklärung zum Friedensprozess in Kolumbien, in dem zwar die mutigen Maßnahmen begrüßt wurden, die der kolumbianische Präsident ergriffen habe. Die Erklärung bezieht sich jedoch nur auf den Friedensprozess, den die

südamerikanischen Präsidenten entschieden unterstützen. Sie nimmt weder Bezug auf die Bekämpfung des Drogenhandels noch auf die Politik der USA. In einer Pressekonferenz zum Abschluss des Gipfeltreffens hat Präsident Cardoso explizit auf diese unterschiedliche Akzentsetzung hingewiesen.

Dem US-amerikanischen Versuch, Brasilien zu einer direkten Einmischung in den kolumbianischen Bürgerkrieg zu bewegen, erteilten die brasilianischen Diplomaten und Militärs eine deutliche Abfuhr: Weder werden Truppen in Kolumbien eingesetzt, noch stellt Brasilien die eigenen Militäreinrichtungen für fremde Truppen zur Verfügung. Vielmehr werden die brasilianischen Truppen an der Grenze zu Kolumbien verstärkt, um ein Übergreifen des Konflikts zu verhindern.

Besonders kritisch zum *Plan Colombia* äußerten sich auch der venezolanische Präsident Chávez, der vor der Gefahr einer „Vietnamisierung“ des kolumbianischen Konfliktes unter anderem durch das Ausgreifen auf Drittländer warnte, und der peruanische Präsident Fujimori, der sich beklagte, dass die Drogenkonsumentenländer den Erzeugerländern unilaterale Lösungen aufzwingen.

In der gemeinsamen Erklärung der südamerikanischen Präsidenten wird deshalb auch auf die Multidimensionalität des Drogenproblems hingewiesen, das sowohl in den Konsumenten- und Transitländern als auch in den Erzeugerländern angegangen werden müsse. Folgerichtig sprechen sich die Präsidenten auch für multilaterale statt unilaterale Zertifizierungsmechanismen im Hinblick auf die von den verschiedenen Ländern unternommenen Maßnahmen zur Drogenbekämpfung aus. Vereinbart wurde eine engere Zusammenarbeit im Hinblick auf den Austausch von polizeilichen Informationen, bei der Kontrolle von für die Drogenherstellung notwendigen Chemikalien und bei der Geldwäsche.

Trotz der am Rande der Konferenz immer wieder geäußerten Kritik an den USA und den Befürchtungen hinsichtlich eines Übergreifens des kolumbianischen Konfliktes auf die Nachbarländer haben die versammelten südamerikanischen Präsidenten kein Gegenkonzept zur Eindämmung und Einhegung der kolumbianischen Krise entwickelt.

¹ Über den Plan Colombia und die Situation in Kolumbien wird in einem der kommenden „Brennpunkte Lateinamerika“ ausführlich berichtet.

Ein demokratischer Halbkontinent?

Ähnlich wie in den Vertragswerken und Übereinkommen des MERCOSUR und des Andenpaktes wurde in die gemeinsame Erklärung der südamerikanischen Staaten eine „Demokratieklausel“ aufgenommen. Demnach sind die Aufrechterhaltung eines Rechtsstaats und die volle Respektierung der demokratischen Ordnung in jedem der zwölf Länder nicht nur ein gemeinsames Ziel und eine gemeinsame Verpflichtung, sondern darüber hinaus eine notwendige Bedingung für die Teilnahme an zukünftigen südamerikanischen Präsidententreffen. Im Falle einer Bedrohung der demokratischen Ordnung in Südamerika sind politische Konsultationen vorgesehen.

Die Tatsache, dass Präsident Fujimori die Erklärung mitunterzeichnet hat, und die wenig überzeugende Rolle, welche die Mehrzahl der südamerikanischen Regierungen im Umfeld der umstrittenen peruanischen Wahlen (beispielsweise in den Beratungen der OAS) gespielt hat, geben Anlass zu berechtigten Zweifeln an der Wirksamkeit dieses Instruments zur Sicherung der Demokratie im südlichen Lateinamerika.

Physische Integration

Hierin liegt nach Aussage des brasilianischen Außenministers Lampreia das Novum dieses Präsidententreffens im Vergleich zu anderen Integrationsbemühungen. Ihm zufolge soll der von den zwölf Präsidenten verabschiedete „Aktionsplan“ zum „Integrations-Leitplan“ werden, der durch die Festlegung prioritärer Verkehrs- und Infrastrukturprojekte (Transport, Energie, Telekommunikation) in einem Zeitraum von zehn Jahren die Erweiterung und Modernisierung der physischen Infrastruktur aller südamerikanischen Länder vorantreiben soll. Damit soll die Bildung von so genannten „sozialen und ökonomischen Integrations- und Entwicklungsachsen“ für den zukünftigen erweiterten südamerikanischen Wirtschaftsraum gefördert werden. Zu den Infrastrukturprojekten gehört zum Beispiel die engere Vernetzung der nationalen Stromnetze und der Gas- und Erdölpipelines. Zu den Verkehrsprojekten zählen insbesondere solche zur Schaffung von so genannten „biozeanischen“ Verbindungsachsen durch den Kontinent, die die Atlantikküste mit dem Pazifik verknüpfen (siehe Kasten). Mit Hilfe internationaler *Consulting*-Unternehmen, Finanzorganisationen und insbesondere der Inter-Amerikanischen Entwicklungs-

bank (BID) und der *Corporación Andina de Fomento* (CAF) sollen die prioritären Projekte bis spätestens Ende 2000 spezifiziert werden. Insgesamt sind mit nationaler und internationaler Finanzierung Investitionen in Höhe von insgesamt 200 Mrd. US-\$ geplant. Zur Implementierung dieses Aktionsplanes wurden verschiedene politische und technische Leitungs- wie Koordinierungsgremien geschaffen, in die auch internationale Finanzinstitutionen wie BID, CAF und FONPLATA einbezogen sind.

Eine führende Rolle Brasiliens gegenüber den Nachbarn wird, wie Brasiliens Außenminister Lampreia immer wieder betont, nur in dem Sinne akzeptiert, dass Brasilien sein politisches und wirtschaftliches Potential für die Verstärkung der südamerikanischen Integration einsetze und nicht umgekehrt Südamerika zum Ausbau seiner eigenen Führungsrolle benutze.

In seinem Grundgerüst baut der Aktionsplan allerdings auf Überlegungen auf, die in den beiden von der Regierung Cardoso für Brasilien aufgestellten mehrjährigen Entwicklungsplänen *Brasil em Ação* (1997-1999) und *Avança Brasil* (2000-2003) enthalten sind: Der Konzeption von „sozialen und ökonomischen Integrations- und Entwicklungsachsen“ entsprechend sollen vorhandene Integrations- und Entwicklungsprojekte ergänzt und ausgeweitet sowie neue Projekte identifiziert werden. Diese sollen den Kriterien der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit ebenso genügen, wie dem der ökonomischen Attraktivität für Investitionen von außerhalb der Region und dem Kriterium der intraregionalen Multiplikatorwirkung entsprechen.

Ein Blick auf den nachfolgenden Kasten verriet auf Anhieb, welches Land (entsprechend seiner geographischen Ausdehnung und ökonomischen Bedeutung) in erster Linie von dem Integrations- und Aktionsplan profitieren wird und mit welchem Land die anderen südamerikanischen Länder nach dem „Aktionsplan“ ihre Beziehungen am meisten intensivieren werden.

ÜBERSICHT ÜBER DIE BEREITS VORHANDENEN UND ZUKÜNFTIGEN ENTWICKLUNGS- UND INTEGRATIONSACHSEN AUS BRASILIANISCHER SICHT

Auf der Grundlage der gegenwärtigen Handelsströme in Südamerika und der vorhandenen ökonomischen Infrastruktur ermittelte eine Vorstudie des brasilianischen Planungsministeriums fünf „große Integrationsachsen“, entlang derer der Austausch zwischen den südamerikanischen Ländern am intensivsten verläuft, und 13 „aufkommende Integrationsachsen“:

I. DIE GROßEN VORHANDENEN ACHSEN

1. Die **Achse Kolumbien-Venezuela**, die die wichtigsten Produktions- und Konsumzentren in Venezuela – Caracas, Maracaibo, San Cristóbal und San Juan de Colón – mit Bogotá verbindet (Lastentransport 1999: 3 Mio. t).
2. Die **MERCOSUR-Achse** von Belo Horizonte im Zentrum von Minas Gerais über São Paulo, Curitiba und Porto Alegre bis hin zur uruguayischen Grenze/Montevideo beziehungsweise zur argentinischen Grenze bei Uruguaiana bis Santa Fe, von wo aus es nach Buenos Aires oder zu den chilenischen Häfen weitergeht (Lastentransport 1999: 18 Mio. t, davon 8 Mio. t über Ölpipeline).
3. Die **Paraguay-Paraná-Achse** mit einer insgesamt 3.442 km langen Wasserstraße einschließlich der Tietê-Paraná-Wasserstraße. Sie verbindet Brasilien mit Bolivien, Argentinien, Uruguay und Paraguay (Lastentransport 1999: 6 Mio. t, vornehmlich Getreide, Erdöl, Zuckerrohr, Düngemittel).
4. Die **Bolivien-Brasilien-Achse**. Sie umfaßt Straßen und Eisenbahnlinien entlang der Gas-Pipeline von Santa Cruz de la Sierra über Corumbá, São Paulo, Santos bis hin nach Curitiba, Florianópolis und Porto Alegre; ab São Paulo verläuft sie parallel zur MERCOSUR-Achse.
5. Die **Atlantik-Achse** entlang der Küstenlinie ab Buenos Aires über die brasilianische Atlantik-Küste, die beiden Guayana und Surinam bis hin nach Venezuela und Kolumbien.

II. DIE ENTSTEHENDEN ACHSEN

1. Argentinien – Chile (Norden)
2. Argentinien – Chile (Süden)
3. Bolivien – Chile
4. Bolivien – Peru
5. Brasilien – Paraguay
6. Brasilien – Venezuela
7. Brasilien – Peru/Ekuador
8. Brasilien – Guayana/Surinam/Französisch-Guayana
9. Chile – Peru
10. Ekuador – Peru
11. Ekuador – Kolumbien
12. Bolivien – Argentinien
13. Pazifik-Achse

Quelle: Silveira, José Paulo: Eixos de integração da América do Sul: A Contribuição Brasileira, in: <http://www.mre.gov.br/cimeira/contbr.htm>

Wissenschaftlich-technologische Kooperation

Im Bereich der wissenschaftlich-technologischen Kooperation unterstrichen die Präsidenten die Bedeutung eines nachhaltigen Bildungs- und Erziehungssystems auf allen Ebenen, das für alle Menschen zugänglich sein muss, um den An-

schluss der südamerikanischen Gesellschaften an die „Wissensgesellschaft“ zu gewährleisten. Sie begrüßten insbesondere das von der brasilianischen Regierung angekündigte „Programm für Informations- und Biotechnologie“, dessen Umsetzung durch die Einrichtung eines „Südamerikanischen Fonds zur Förderung der Wissen-

schaftlich-Technologischen Kooperation in der Region“ gefördert werden soll.

Ausblick

Der Gipfel der südamerikanischen Präsidenten und die daraufhin unterzeichnete gemeinsame Erklärung stellen eine Willensbekundung dar, die wirtschaftliche Integration auf dem Halbkontinent voranzutreiben und enger politisch zusammenzuarbeiten. Die Zukunft muss zeigen, inwieweit die ehrgeizigen Pläne umgesetzt werden können. Dabei sehen sich die südamerikanischen Staaten gegensätzlichen Einflüssen ausgesetzt. Die Verwundbarkeit gegenüber von außen induzierten Wirtschaftskrisen, das geringe Gewicht der südamerikanischen Staaten in internationalen Wirtschaftsforen, das wirtschaftliche Zusammenwachsen Mexikos und der USA sowie die Bestrebungen der kontinentalen Hegemonialmacht, ihren wirtschaftlichen Einfluss auf der Südhälfte des Kontinents auszubauen, wirken als Anreize auf die Südamerikaner sich zusammenzuschließen.

Zugleich haben die Diskussionen um den *Plan Colombia* gezeigt, dass die USA immer noch in der Lage sind, die politische Agenda auf dem amerikanischen Kontinent zu dominieren und gegebenenfalls über selektive Anreize einzelne südamerikanische Länder im Sinne ihrer außenpolitischen Prioritäten zu beeinflussen.

Der Integrationswille einzelner Regierungen muss noch unter Beweis gestellt werden, vor allem, wenn es um die Verteilung der Kosten und gegebenenfalls notwendige Kompromisse geht. So ist beispielsweise die Position der chilenischen Regierung nicht frei von Ambivalenzen. Einerseits will sie Teil des MERCOSUR werden und auf dessen institutionelle Ausgestaltung (zum Beispiel bei Konfliktregulierungsmechanismen) Einfluss nehmen, zugleich erwartet sie, dass die übrigen MERCOSUR-Länder sich dem niedrigen chilenischen Außenhandelszoll anpassen und Chile einen möglichst großen Freiraum für bilaterale Abkommen mit anderen Ländern oder Integrationsbündnissen (EU, NAFTA) lassen. Innenpolitisch gibt es innerhalb der chilenischen Rechten große Vorbehalte gegenüber einem zu engen Zusammengehen mit dem MERCOSUR, stattdessen wird ein chilenischer Sonderweg bevorzugt.

Abzuwarten bleibt, ob das Freihandelsabkommen zwischen MERCOSUR und Andengemeinschaft wirklich bis Januar 2002 in Kraft

tritt, und falls dies der Fall sein sollte, wie viele Übergangsregelungen und Ausnahmeklauseln es enthalten wird. Auch dann wäre es nur ein erster Schritt zur Schaffung eines gemeinsamen südamerikanischen Marktes. Bei den Verhandlungen über die Verbesserung der Infrastruktur in Südamerika sind Probleme und Konflikte unvermeidbar, sobald über Prioritäten, Finanzierung und Verteilung der Kosten verhandelt wird.

Trotzdem sollte den südamerikanischen Integrationsbemühungen nicht vorzeitig ein Scheitern vorausgesagt werden. Vor zehn Jahren wurden nahezu alle Integrationsbestrebungen auf dem amerikanischen Kontinent skeptisch beäugt. Zumindest im Hinblick auf die NAFTA und den MERCOSUR kann bisher eine überwiegend positive Bilanz gezogen werden, auch wenn letzterer immer wieder einmal als in der Krise befindlich diagnostiziert wurde. Für jeden, der den europäischen Integrationsprozess verfolgt hat, ist dies keine Überraschung. Solange der Integrationswille und die gemeinsamen Interessen überwiegen, wird der MERCOSUR Bestand haben.

Ernste Gefahren drohen dem südamerikanischen Integrationsprozess mehr durch politische als durch wirtschaftliche Faktoren. Die politische Krise im nördlichen Andenraum – Venezuela, Ekuador, Kolumbien und Peru – wie auch in Paraguay ist längst noch nicht überwunden. Möglicherweise droht eine Zweiteilung Südamerikas in eine Gruppe demokratischer, politisch und wirtschaftlich weitgehend stabiler Länder (Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay) und dem Rest, wobei durch Migrationsprozesse und auf andere Weise sich die Krisensymptome durchaus auch auf die stabileren Länder auswirken können, zumal auch dort genug sozialer Sprengstoff vorhanden ist.

Bei seiner Rede anlässlich des Dinners am Ende des ersten Arbeitstages stellte Gastgeber Cardoso die Bedeutung dieses Präsidententreffens auf eine Ebene „mit anderen Ereignissen, die Ausgangspunkt der Integration in unserer Region waren, als da sind: Die Annäherung zwischen Brasilien und Argentinien in den 80er Jahren, die Geburt des MERCOSUR vor fast zehn Jahren und die Bildung der Andengemeinschaft. Jetzt gehen wir eine neue historische Aufgabe an: den Aufbau von Südamerika auf der Grundlage eines umfassenden Verständnisses der gemeinsamen Potentiale und Herausforderungen“. Schon bald wird sich zeigen, ob dieser Optimismus gerechtfertigt ist: Bereits am 31. Dezember 2000 sollen

die prioritären Projekte der Entwicklungs- und Integrationsachsen verbindlich identifiziert sein. Und im April 2001 müssen die Südamerikaner ihre gemeinsamen Ziele auf dem dritten Gipfeltreffen aller amerikanischen Staats- und Regierungschefs in Québec, das den ALCA-Prozess vorantreiben soll, gegenüber ihren Nachbarn in Nord- und Mittelamerika vertreten.

Quellen:

Wichtige Dokumente und Presseartikel zum Treffen der südamerikanischen Präsidenten können über die *homepage* des brasilianischen Außenministeriums eingesehen werden. (<http://www.mre.gov.br/cimeira>).

Autorennotiz:

Gilberto Calcagnotto, M.A., Lic. Phil., Soziologe, Wiss. Mitarbeiter am Institut für Iberoamerika-Kunde, wo er als Brasilien-Referent tätig ist. E-Mail: calcagnotto@public.uni-hamburg.de

Detlef Nolte, Dr. Phil.; wissenschaftlicher Mitarbeiter und stellvertretender Direktor am Institut für Iberoamerika-Kunde; Privatdozent für Politische Wissenschaft an der Universität Hamburg. E-Mail: detlef-nolte@public.uni-hamburg.de oder DNolte8853@aol.com

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Jens Urban.

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/IIK>